

Wolfgang Hien

Gesundheitsschutz versus Freiheit?

Einige Thesen

Krankheit, Sterben und Tod gehören zum Leben. Vermeidbare Krankheit, vermeidbares Leiden und vermeidbarer früher Tod können durch Maßnahmen des Gesundheitsschutzes verhindert werden.

Ausgehen möchte ich von der Ambivalenz des neuzeitlichen naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts, der „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno). Einerseits haben wir zunehmend Erkenntnisse hinsichtlich physikalischer, chemischer, biologischer und sozialer Gefährdungen. Insofern haben wir wichtige Erkenntnisse für Präventionspotenziale. Instruktives Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Infektionsschutzes (siehe mein Arbeitspapier hierzu: <https://verein-agl.de/category/gesundheit-oe/>). Andererseits wuchs mit der Wissenschaft auch ein Machbarkeitswahn, so als könne mensch Krankheit und Tod „besiegen“. Huxleys „schöne neue Welt“ und der gegenwärtige Boom transhumanistischen Denkens – massiv gefördert von Google – mögen hier als Stichworte genügen.

Als Beispiel für Präventionspotenziale sei eine Studie der *Public Health England Group* angeführt. Sie ist im August 2020 unter dem Titel „Disparities in the Risk and Outcomes of Covid-19“ veröffentlicht worden. Untersucht wurden unter anderem die Mortalitätsdaten der ersten Covid-19-Welle (bis Mai 2020). Verglichen wurde mit den gemittelten Mortalitätsdaten der vergangenen Jahre (2014 bis 2018) des gleiche Zeitraums. Aus der Studie wird klar ersichtlich, dass Pflegekräfte, Sicherheitspersonal und Taxifahrer:innen ein mehr als zweifaches Risiko tragen, an Covid-19 zu sterben. Dass mensch solche Studien in Deutschland vergeblich sucht, steht auf einem anderen Blatt – in epidemiologischen Fragen befinden wir uns hierzulande in einem Entwicklungsland.

Gesundheitsschutz musste (und muss auch heute) gegen den Liberalismus, was immer auch Wirtschaftsliberalismus bedeutet, erkämpft werden, das heißt auch: gegen dessen inhärenten Sozialdarwinismus und Sozialrassismus.

Auch hier muss eine Ambivalenz thematisiert werden: die Ambivalenz der negativen Freiheit. Es war gut und richtig, sich frei zu kämpfen von den Zwängen

der aristokratischen Herrschaft. Damit aber ging einher, auch die Freiheit zu besitzen, andere Menschen auszubeuten und zum eigenen Vorteil zu unterdrücken. Carl Laeisz, der berühmte Hamburger Reeder, agierte nach dem Motto „navigare necesse est, vivere non est“, das heißt, ihm war wichtig, dass seine Schiffe Güter transportierten, auch wenn dabei Matrosen umkamen. Das Leben der Arbeiter:innen war ihm unwichtig. Dennoch ehrt Hamburg seinen „großen Sohn“ bis heute (vgl. meine Studie: *Die Arbeit des Körpers*, Wien 2018, S. 68 f.).

Theoretischer Prototyp dieses Freiheitsbegriffs ist Friedrich August von Hayek. Für ihn ist soziale Ungleichheit wünschenswert, weil es die „Leistungsträger“ anspornt. Hayek sagt, zur Freiheit gehört es, dass der Schwächere untergeht. Dass ausgerechnet Hayek in der Corona-Pandemie von Wirtschaftsvertretern, aber auch von Philosophen, auffallend oft zitiert wird, zeigt, wie virulent der Sozialdarwinismus ist – gerade auch in „höheren Kreisen“. (Die Auswüchse des Hayekschen Freiheitsbegriffs sowie die Begrifflichkeiten, wie sie sich bei Kant, Hegel, Merlau-Ponty, Erich Fromm, Axel Honneth, Judith Butler u. a. finden, werden in meinem Arbeitspapier abgehandelt und diskutiert: <https://verein-agl.de/category/gesundheit-oe/>).

Der Freiheitsbegriff sollte nicht naiv eingeführt werden. Er sollte in seiner Vielschichtigkeit wahrgenommen, gesellschaftskritisch reflektiert und in Beziehung zur Freiheit oder Nicht-Freiheit anderer gesetzt werden.

Hier sei ein Gedanke aus den Notizen von Max Horkheimer (1953, „ad Freiheit“) aufgegriffen, der die wiederum hoch ambivalente Problematik des Freiheitsbegriffs aufzeigt: Unbedingt richtig sei es, gegen das gesellschaftlich bedingte Leiden anzugehen. Die Beseitigung miserabler seuchenerzeugender Abwässer sei notwendig. Aber dass die „Herren der Glanzpapiermagazine“ den Menschen einreden wollen, ihre Freiheit bestünde darin, eine immer bessere Toilette zu kaufen, habe die „Tendenz, aus einem künstlich geschürten Marktfaktor in individuelle wie Massenzwangsneurose überzugehen, an der die Zivilisation zerfällt“. Wer sich mit den Ideologien der herrschenden Gesellschaft einfangen lässt und wer deren Rollenerwartungen voll erfüllt, ist nicht frei.

Axel Honneth, einer der Nachfolger Horkheimers im Frankfurter *Institut für Sozialforschung*, hat in seinen Schriften – ausgehend von Hegel – nicht nur auf die Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit aufmerksam gemacht, sondern auch an den Begriff der sozialen Freiheit erinnert und ihn in den Mittelpunkt seiner Sozialphilosophie gerückt. Positive Freiheit ist eine Freiheit zu etwas, und soziale Freiheit erweitert diese Perspektive hin zum gemeinschaftlichen Handeln für eine solidarische Gesellschaft. Soziale Freiheit bedeutet da-

her auch, sich den Rollenerwartungen, Zumutungen und Zurichtungen der herrschenden Gesellschaft zu widersetzen. „Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn alle Menschen ebenso frei sind wie ich“ (Bakunin).

Güterabwägungen zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten werfen die Frage nach der zugrunde liegenden Gesellschaftsstruktur auf. Güterabwägungen erfordern Modelle einer radikalen Demokratie.

Quantitative Güterabwägungen werden immer monetär berechnet. Sie gehen vom homo oeconomicus aus – auch hier feiert Friedrich August von Hayek fröhliche Urstände – und verbleiben im gegebenen gesellschaftlichen, das heißt heute: im neoliberal beherrschten Rahmen. Quantitative Güterabwägungen sind immer auch expertokratisch. Was wir aber brauchen sind Güterabwägungen, welche die qualitativen Dimensionen der gesellschaftlichen Beziehungsweisen berücksichtigen. Es gilt, die Tatsache der vielfältigen Interessengegensätze in der Gesellschaft anzuerkennen und sie in ein Demokratiemodell einzubeziehen. Diese Gegensätze reichen weit in unsere leibliche Existenz hinein – auch das Individuum selbst ist gespalten. Es geht also darum, Formen demokratischer Prozesse zu finden, die sich freimachen von den Zwängen der Marktwirtschaft.

Das soll nicht heißen, dass die Linke das richtige Demokratiemodell „in der Schublade“ hat. Alte Vorstellungen einer Rätedemokratie sind ganz sicher von großer Bedeutung, und solche Vorstellungen müssen wieder mit Leben erfüllt werden. Doch zugleich sind viele weitere humanwissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen – so etwa auch solche der Psychoanalyse und der Leibphilosophie. Auch wenn ich Chantal Mouffe („Für einen linken Populismus“) sicher nicht in allen Punkten zustimmen kann, so ist ihr Hinweis auf den Körper und die Gefühle zweifelsohne wichtig (siehe hierzu mein Schlusskapitel in „Die Arbeit des Körpers“, Wien 2018).

Der Markt wird es nicht richten. Die Sorgearbeit muss umfassend neu und gemeinwirtschaftlich organisiert werden. Die Bedrohung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten erfordert eine ökosozialistische Alternative.

Eigentlich wissen es viele: Die Ökonomisierung und Vermarktlichung des Gesundheits- und Sozialwesens muss beendet werden. Dass die Pharmaindustrie von der Pandemie und von unseren Krankheiten profitiert, ist letztlich eine grauenhafte politische Absurdität. Wir brauchen ein vollständig neues gesellschaftliches Relevanzsystem: Vorsorge, Fürsorge und Versorgung gehören in gemeinwirtschaftliche Hand und müssen um ein Vielfaches aufgestockt werden. Wir brauchen ein menschnahes System „liebender Fürsorge“ (Ludwig Teleky).

Nötig ist ein „dritter Sozialraum“ (Klaus Dörner), in dem professionelle und allgemeine Sorgearbeit miteinander verzahnt werden können.

Vor dem Hintergrund der globalen Krise und des Wissens um die Ursachen der zunehmenden Pandemien sind weitergehende politische Perspektiven angesagt. Die großen Kapitale sind die Treiber des unheiligen Wachstumszwangs, des geopolitischen Vordringens und der Inbesitznahme von allem, was sich zu Geld machen lässt. Das Vordringen in die Natur, die Zerstörung der natürlichen Lebensräume, die Industrialisierung der Landwirtschaft, die schreckliche Ausbeutung der Tiere – das muss ein Ende haben. Die Ausweitung der Produktion nicht lebensnotwendiger und klimazerstörender Güter – der Wahn, immer noch mehr Automobile und immer noch mehr Flugzeuge haben zu wollen – muss aufhören.

Wir sind verletzlich – alle Lebewesen dieses Planeten sind verletzlich –, und es geht darum, diese Verletzlichkeit anzuerkennen. Dazu gehört auch, die vielen Ambivalenzen und unsere inneren Spaltungen zu sehen, auch unsere Ängste, die zugleich ein Potenzial für die soziale Freiheit sein können. Irritierend sind – das sei angemerkt – auch politische Haltungen in der Linken, die so tun, als könne mensch mit klaren, rationalen Konzepten die Angst „überwinden“ und die Probleme lösen. So wird das nicht funktionieren. Es geht letztlich darum, eine vorsichtiger, achtsamere, rücksichtsvollere und gegenüber Mensch und Natur radikal solidarische Art und Weise des Lebens und Arbeitens zu finden.